



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

diese Nuß sollte offenbar ihrem Besitzer Glück bringen. Haben Sie nicht etwa einen günstigen Einfluß verspürt? Er lachte zwar bei diesen Worten, aber Lenzmann hielt es doch für nötig, die Frage nach bestem Wissen zu beantworten.

Allerdings, sagte er, es sieht beinahe so aus, als ob sie mir Glück gebracht hätte. An dem Tage, wo ich sie durch einen Zufall erhielt — die nähern Umstände dieses Zufalls zu erklären, hielt er nicht für unbedingt nötig —, besuchte mich ein Verleger und erbat sich von mir einen Band Novellen.

Sehen Sie, junger Freund, bemerkte Fleischer, da haben Sie die Wirkung des Talismans. Jetzt freilich, wo sein Zauber enthüllt ist, fürchte ich, wird der Rückschlag eintreten. Sie werden den Glauben an sich verlieren —

Das hat keine Not, Herr Professor, erwiderte Lenzmann lebhaft. Im Gegenteil, Ihr alter Zamachshari hat mich nur in dem Glauben an mich bestärkt. Und daß die Welt diesen Glauben teilen wird, ist auch gewiß. Wenn auch nicht die Mitwelt, so doch die Nachwelt.

An dieser Zuversicht erkenne ich den Dichter, sagte der Gelehrte, indem er die Hand des jungen Mannes ergriff und schüttelte. Wer so spricht, der wird auch die übrigen Nüsse des Lebens knacken, ohne sich die Zähne daran auszuweisen. Ich sehe schon, Sie tragen Ihren Talisman in Ihrer Brust, da können Sie freilich auf Amulette und ähnliche Dinge verzichten. Weisen Sie auf die Mitwelt, und halten Sie sich an die Nachwelt — dann werden Sie nie enttäuscht werden!



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Die Rede des Fürsten Bülow. Zur Abrüstungsfrage. Das Reichskolonialamt. Die braunschweigische Frage. Prozeß Biedermann.)

Wenn in der letzten Wochenbetrachtung festgestellt werden konnte, daß der Reichstag durch seine würdige Haltung bei der Militärdebatte vieles gut gemacht hat, was in der öffentlichen Beurteilung unsrer auswärtigen Politik durch Nervosität gesündigt worden ist, so kann der Verlauf der Debatten bei der Beratung des Etats des Reichskanzlers, der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes als eine erfreuliche Bestätigung dieses Eindrucks gelten. Die Übereinstimmung im nationalen Empfinden, in der Äußerung nationalen Selbstbewußtseins und nationaler Würde spiegelte sich in den verschiedenen Parteien recht verschieden, aber sie erschien um so eindrucksvoller, eben weil sie aus verschiedenen Überzeugungen und Grundanschauungen abgeleitet wurde. Die Sozialdemokratie stand freilich wieder abseits, aber auch hier war die Opposition maßvoller als sonst. Ein weiterer Umstand ließ die wohlthuende Festigkeit in der Stimmung des Reichstags noch mehr hervortreten. Der Reichskanzler nämlich erhob sich nicht sogleich in den Anfängen der Debatte — etwa nach dem ersten Redner —, um die erwartete Antwort zu geben, sondern er ließ den Rednern der wichtigsten, großen bürgerlichen Parteien das Feld und trat erst dann auf, um die von der ganzen politischen Welt erwarteten Aufklärungen zu geben. So wurde auch der Anschein vermieden, als ob die Parteien in bewußter oder unbewußter Abhängigkeit von der Regierung ihre Stellung nähmen.

Das Zentrum hatte zum erstenmal wieder die Freude, seinen Hauptredner zu diesem Etat als tonangebend für alle folgenden Parteivertreter wirken zu sehen.

Diesen kleinen Triumph hatte es sich diesmal redlich verdient dadurch, daß es als Redner einen Mann vorschickte, von dem alle Parteien im voraus überzeugt sein konnten, daß er sich seiner Aufgabe in der taktvollsten Weise entledigen werde, den Freiherrn von Hertling. Ihm konnten, wie zu erwarten war, die folgenden Redner in den Hauptpunkten nur beistimmen.

Die Rede des Fürsten Bülow ließ natürlich die einzelnen Ausführungen der andern Redner sehr in den Hintergrund treten. Sie war überall mit großer Spannung erwartet worden, allerdings wohl noch mehr im Ausland als bei uns, wo ernsthafte Leute doch schwerlich auf irgendwelche Sensationen hoffen konnten. Der Reichskanzler war sich offenbar in besonderm Maße dessen bewußt, daß er zunächst, und mehr als sonst, über die Reichsgrenzen hinaus zu sprechen hatte und unter dem Druck einer erhöhten Verantwortung stand. Selbst er, dem das Wort sonst leicht von der Lippe zu fließen scheint, suchte wiederholt nach dem richtigen Ausdruck, und man glaubte zu erkennen, daß er jedes Wort noch einmal im stillen einer Zensur unterwarf, ehe er es aussprach. Man wird das begreifen können, wenn man sich der rücksichtslosen, oft an Nebensachen lebenden Kritik erinnert, die sehr oft in der deutschen Presse an der auswärtigen Politik des Reichs geübt wird und nicht selten erst die Verlegenheiten schafft, über die man sich beklagt. Es hat sich bei uns die Meinung eingenistet, daß die Parlamente auswärtiger Staaten von ihren Regierungen über die auswärtige Politik ihres Landes besser und ausgiebiger unterrichtet werden als der deutsche Reichstag. Wir glauben, daß das nur bedingt richtig ist. Es werden vielleicht aus dem Parlament heraus mehr Fragen gestellt, aber die Antworten lassen an Ausgiebigkeit und Bestimmtheit sehr viel zu wünschen übrig. Der Minister sagt eben nur das, was er zu sagen für gut findet, und es hängt meist von besondern Umständen ab, wie er seine Mitteilungen einkleiden will. In Frankreich und noch mehr in England gehört es keineswegs zu den Seltenheiten, daß der Fragende entweder sehr kurz und trocken abgefertigt oder durch ganz allgemeine, nur Bekanntes berührende Redewendungen darüber getäuscht wird, daß er eigentlich nichts Neues erfährt. Damit ist der Form genügt, und die Volksvertretung schweigt entweder verständnisvoll, oder sie setzt die Debatte mit ebenso bedeutungslosen Phrasen noch eine Weile fort. Es ist eine Täuschung, wenn man glaubt, das englische oder französische Publikum erfahre mehr von seiner auswärtigen Politik als das deutsche.

Diesmal hat es die internationale Lage mit sich gebracht, daß die öffentliche Meinung in Deutschland weniger eine Auskunft über noch unbekanntes Dinge als vielmehr eine offizielle Bekundung über das erwartete, was jeder zu erkennen und zu empfinden glaubte, nämlich die Schwierigkeiten, durch die Deutschland infolge seiner zentralen Lage und seiner großen Machtentwicklung bedroht wird. Fürst Bülow hat diese Gefahren nur vorsichtig angedeutet; er hat sie nicht bestimmt ausgesprochen und noch weniger ausgemalt, er hat nur zu verstehen gegeben, daß er sie kennt. Es war auch gewiß sehr nützlich, daß er auf diesen Punkt nicht näher einging, denn es mußte ihm daran liegen, daß seine Worte nach allen Seiten hin Beruhigung schafften. Deshalb ging Fürst Bülow auf verschiedene Fragen, die sehr heikler Natur waren und leicht Mißverständnisse hervorrufen konnten, gar nicht ein. Dagegen sprach er über die englisch-italienischen und die englisch-russischen Beziehungen. Er erinnerte daran, daß die Beziehungen zwischen England und Italien schon vor der ersten Gründung des Dreibundes vorzüglich waren, daß Deutschland dieses freundschaftliche Verhältnis niemals ungenutzt gesehen hat, und daß man also die Begegnung von Gaeta zwischen König Eduard und König Viktor Emanuel nicht als etwas Überraschendes oder Beängstigendes ansehen kann. Das ist allerdings

etwas, was einfache Überlegung einem jeden sagen könnte. Aber das nervöse Mißtrauen der Zeit macht auch solche einfachen Feststellungen mitunter zu einer schwierigen Aufgabe für den Staatsmann, der für die zu überwindenden wirklichen Schwierigkeiten das Vertrauen und den Rückhalt seines Volkes braucht und sich doch unmöglich zum Bekenner eines unfruchtbaren Pessimismus machen kann, wenn einflußreiche Kreise des Volks von einem solchen ergriffen werden. Was die zwischen England und Rußland angebahnten Verständigungen betrifft, so ergab sich daraus für den Reichskanzler die willkommene Gelegenheit, festzustellen, daß Deutschland im nahen Orient nur wirtschaftliche Interessen hat, und seine Politik nur dahingehen kann, diese Interessen zu wahren.

Wenn sich Fürst Bülow in seinen Ausführungen über die internationale Lage die größte Zurückhaltung auferlegte, so sprach er im ersten Teil seiner Rede um so offener über die Stellung Deutschlands zur Haager Konferenz. Er bestätigte, daß sich Deutschland dafür entschieden habe, an allen nützlichen und wertvollen Beratungen der Konferenz teilzunehmen, die Beteiligung an den Erörterungen über die Abrüstungsfrage jedoch abzulehnen. Mit einiger Ironie, jedoch in durchaus sachlicher und einwandfreier Form stellte Fürst Bülow die Tatsache fest, daß es den Mächten, die die Abrüstungsfrage angeregt hatten, noch nicht gelungen sei, diese Anregungen in die praktisch brauchbare Form bestimmter Vorschläge zu bringen. Sobald man sich über solche Vorschläge geeinigt habe, werde Deutschland sie unbefangenen prüfen und dazu Stellung nehmen. Einstweilen aber müsse man damit rechnen, daß Besprechungen dieser Frage, wenn man sich nicht über ein bestimmtes Ziel einigen könne, sehr leicht zu einer Entfremdung führen könnten.

Die offene und klare Aussprache des deutschen Reichskanzlers über die Haager Konferenz hat im Auslande ein überwiegend sympathisches Echo geweckt. Das aber ist in diesem Falle entscheidend für den Wert der Rede, und es hat demgegenüber wenig zu bedeuten, daß sich die heimische Kritik hier und da enttäuscht zeigte, daß der Kanzler nicht noch weiter gegangen sei und keine „Enttüllungen“ über die Gefahren der internationalen Lage gegeben habe. Der größere Teil der französischen Presse erkannte an, daß die Rede Bülows klärend und beruhigend gewirkt habe, und der Pariser Temps schloß eine längere Besprechung der Rede mit der wörtlichen Anführung der Schlusssätze und dem Zusatz, das sei der Standpunkt Deutschlands, aber auch der Frankreichs. In Italien zeigte sich die Presse sehr befriedigt über die verständnisvolle Beurteilung der italienischen Politik durch den leitenden deutschen Staatsmann. In England endlich hat die Rede eine nicht minder verständnisvolle Aufnahme gefunden. Es entspricht dem englischen Charakter, daß solche ruhigen und klaren Hinweise auf die Wirklichkeit stets den größten Eindruck machen. Man hat bei uns darauf aufmerksam gemacht, daß es vornehmlich die konservativen Blätter Englands gewesen seien, die ihre Zufriedenheit mit der Rede des Fürsten Bülow ausgesprochen haben; die Liberalen seien dadurch verstimmt worden. Das sei aber ein Fehler gewesen, denn das liberale Kabinett werde durch den Mißerfolg des Abrüstungsvorschlags erschüttert, und dieses Kabinett sei doch gerade deutschfreundlich, was man von keiner konservativen Regierung werde sagen können. Dieses Urteil ist nach mehr als einer Richtung hin schief. Zunächst könnte man sagen, daß die Entwicklung der Parteiverhältnisse in England nicht in dem Maße von dem Erfolge oder Mißerfolge der Haager Konferenz abhängig ist, wie das von jener Seite behauptet wird. Doch das ist hier nebensächlich. Unrichtig aber ist es, die gegenwärtige englische Regierung im Gegensatz zu einer konservativen ohne weiteres als „deutschfreundlich“ zu bezeichnen. Eine grundsätzlich deutschfreundliche Regierung wird es in England wohl überhaupt niemals geben. Das ist eine der naiven Einbildungen, denen

man in unsern deutschen Urteilen über ausländische Verhältnisse und auswärtige Politik so häufig begegnet. Die auswärtige Politik Englands stützt sich nur auf reale Interessen des britischen Reichs und allenfalls noch auf besonders volkstümliche Strömungen in der englischen Nation. Sie ist dieselbe unter einem konservativen und unter einem liberalen Kabinett — von einigen traditionellen Außerlichkeiten abgesehen — und weiß von grundsätzlichen Sympathien und Antipathien für andre Völker immer nur so weit etwas, als es populäre Stimmungen zu benutzen gilt. Nun ist es richtig, daß dem gegenwärtigen englischen Kabinett verschiedene Mitglieder angehören, die für ihre Person warme Freunde der deutschen Kultur und Literatur sind und für das deutsche Volk aufrichtige Sympathie empfinden. Aber gerade diese sind es, die sich ihrerseits nur ungern dazu bequemen, die Abrüstungsfrage im Haag zur Erörterung zu stellen. Ein Mann wie Mr. Galdane, der gegenwärtige Kriegsminister, würde, wenn er völlig freie Hand hätte, am liebsten die allgemeine Wehrpflicht in England einführen, und man kann sicher sein, daß er volles Verständnis für die Stellung hat, die Deutschland zur Abrüstungsfrage einnehmen will. Ja man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß nicht nur er, sondern auch dieser ganze Flügel des Kabinetts — das ja in sich keineswegs eine geschlossene Einheit darstellt — nur in der Hoffnung auf das Scheitern der Abrüstungsvorschläge an der ganzen Aktion teilnimmt, weil sie selbst eine Verstärkung der britischen Rüstungen zu Lande und zur See für notwendig halten, aber nur auf dem Wege eines Mißerfolgs im Haag die Zustimmung des radikalen und sozialistischen Flügels der herrschenden Mehrheit erlangen können. Diese Radikalen und Sozialisten, die sich von der „pazifistischen“ Strömung tragen lassen, der auch Sir Henry Campbell-Bannerman selbst angehört, sind alles andre eher als deutschfreundlich. Sie sind von der in England sehr populären, bis in die gemäßigten liberalen Kreise hinein verbreiteten Vorstellung erfüllt, daß die Deutschen zwar ein sehr tüchtiges Volk seien, daß sie aber unter einer tyrannischen und rückständigen Regierung und unter dem Joch des Militarismus seufzten, und daß deshalb das politische Deutschland in dem Konzert der Völker als eine Stimme mitwirke, die der Freiheit und dem Fortschritt feindlich gegenüberstehe und darum zu bekämpfen sei. Es würde unter solchen Umständen vollständig verkehrt sein, durch ein sachlich nicht gerechtfertigtes Entgegenkommen für die englischen Abrüstungspläne dieser Strömung im öffentlichen Leben Englands noch unverserits ein besondres Relief zu geben.

In diesen Tagen hat der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Baron Lehrenthal, in Berlin seinen offiziellen Besuch abgestattet und ist zum erstenmal in dieser Eigenschaft auch vom Kaiser empfangen worden. Der Besuch des leitenden Staatsmannes des befreundeten Reichs ist zwar jederzeit willkommen, er war es diesmal aber noch mehr, weil im In- und Auslande gegenwärtig mit so ganz besondrer Geschäftigkeit die Vorstellung gepflegt wird, daß Deutschland gänzlich isoliert sei und möglicherweise auch seinen ältesten und treuesten Verbündeten verlieren werde. Eine solche Befürchtung ist gegenwärtig ganz grundlos, und jedenfalls hat Baron Lehrenthal bei seiner eingehenden Aussprache, die er mit dem Kaiser und dem Reichskanzler gehabt hat, die Grundlagen festgestellt, die das weitere Zusammengehen der beiden Reiche völlig sichern. Besondere Abmachungen sind allerdings wohl nicht der Zweck der Berliner Reise des österreichischen Staatsmannes gewesen.

Im Reichstag ist nun endlich auch das selbständige Reichskolonialamt mit einem Staatssekretär an der Spitze bewilligt worden. Die Ernennung Dernburgs, die ihm die definitive Leitung der Kolonialangelegenheiten in der neuen Form überträgt, wird also sehr bald erfolgen können. Die Entscheidung ist mehr als bloße Formsache. Die Unterstellung des Kolonialressorts unter das Auswärtige Amt war eine Last und ein Hindernis für beide Teile, aber was vor allem darunter

litt, war die Kolonialverwaltung selbst. Jetzt sind endlich klare Verhältnisse geschaffen, und der neue Staatssekretär wird nun in größerer Freiheit eine zweckmäßige Organisation begründen und jetzt erst recht zeigen können, was er vermag.

Eine kleine Episode in den Reichstagsverhandlungen der vergangnen Woche verdient noch eine Würdigung. Wir meinen den Vorstoß, den der einzige Welfe des neuen Reichstags, der Abgeordnete Götz von Dlenhausen, gegen den Reichskanzler unternahm. Der welfische Heißsporn bereitete sich von vornherein selbst eine moralische Niederlage durch unqualifizierbare persönliche Anwürfe gegen den Reichskanzler. Fürst Bülow tat diese Ungezogenheiten kurz und vornehm ab; wichtiger war seine klare und feste Erklärung, wodurch er die staatsrechtliche Korrektheit seines Verhaltens in der braunschweigischen Frage und die Rechtmäßigkeit des bekannten Bundesratsbeschlusses nachwies. Man darf nun hoffen, daß auch diese leidige Frage bald durch die Wahl eines neuen Regenten zum Abschluß kommen wird.

Der Kampf um den Boden in unsern Ostmarken steht wieder mehr als je im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Manchen wenig erfreulichen Beitrag zu dieser Frage hat der Prozeß geliefert, der jetzt gegen den „polnischen“ Güteragenten und Agitator Martin Biedermann aus Posen in Schneidemühl verhandelt wurde. Er hatte einen deutschen Besitzer, der ihm sein Gut verkauft hatte, getäuscht und stand unter der Anklage des Betruges. Der Prozeß enthüllte die traurige Tatsache, daß sich Deutsche von gutem Namen, darunter frühere Offiziere, dazu hergeben hatten, als Strohänner bei den Geschäften zu fungieren, wodurch deutscher Besitz in polnische Hände gebracht werden sollte. Auch behauptete der „Pole“ Biedermann, deutsche Besitzer böten ihm in großer Zahl ihre Güter zum Verkauf an unter der Bedingung, daß er deutsche Strohänner vorschlebe. Wenn auch diese Behauptung nicht oder wenigstens nicht in vollem Umfange geglaubt zu werden braucht, so bleibt noch immer genug übrig, daß man die nationale Gleichgiltigkeit und Ehrvergessenheit mancher Deutschen in den Ostmarken als tiefe Schmach empfindet. Es ist noch immer sehr viel auf diesem Felde zu tun, und wir werden alle Kräfte aufbieten müssen, um unsern nationalen Aufgaben gerecht zu werden. Das wäre eine würdigere Betätigung unsers nationalen Sinns als die Aufregung und Nervosität, die viele von uns über unsre internationalen Beziehungen bekunden.

Bundesrat und Reichstag. In dem alten deutschen Bundesstaat, der 1806 sein Ende fand, lag die Regierung, wie man sagte, „bei Kaiser und Reich“. Unter diesem „Reich“ schlechthin verstand man den Reichstag, damals eine Versammlung der mächtigsten Stände des Reiches, die das Recht der Reichsstandschaft entweder persönlich oder durch Bevollmächtigte ausübten. So könnte man das Deutschland jener Zeit nahezu als eine ständisch beschränkte Monarchie bezeichnen. Im modernen vom Konstitutionalismus durchdrungenen Reich ist die Rechtslage wesentlich anders. Das Reich ist keine Monarchie, sondern ein aristokratisch gestalteter Bundesstaat. Die Reichsgewalt wird getragen, um mit Bismarck zu sprechen, von der „Gesamtheit der verbündeten Regierungen“, also von zweiundzwanzig Monarchien und drei Städterepubliken. Das Organ dieses fünfundzwanzigköpfigen Reichsouveräns ist der Bundesrat. In ihm üben die einzelnen Gliedstaaten ihre Anteilrechte an der Reichsregierung aus. Ferner ist der heutige Reichstag keine Ständeversammlung des alten Stiles mehr. Jener hatte den Charakter des Parlaments verloren, der heutige trägt ihn vollständig. Der heutige Reichstag ist die geordnete Versammlung, deren Mitglieder den Willen des ganzen deutschen Volkes frei und unverantwortlich zum Ausdruck bringen sollen. Sein Wille ist Wille des Volkes, der teil nimmt an der Tätigkeit der Reichsgewalt, insbesondere an der Gesetzgebung. Gesetz im konstitutionellen Sinn ist eben der

Wille, der bindende Kraft hat für die Staatsbürger, bei dessen Zustandekommen aber zugleich der Wille der Staatsbürger mitgewirkt hat. Für die Staatswillenbildung ist dieser unentbehrlich geworden durch das Recht, das der Konstitutionalismus dem Volk in die Hand gegeben, und das von diesem mit Macht genutzt wird. Gleichberechtigt sieht sich den Staatsaufgaben gegenüber der Reichstag neben dem Bundesrat. Ja auch nach einem „Über“ hat man das Bestreben schon betätigt. Erst ganz kürzlich ist der Reichskanzler Fürst Bülow einem solchen Unterfangen, die Regierung „ducken“ zu wollen, in wirksamer Parade entgegengetreten. Für die Begrenzung der Kompetenzen von Bundesrat und Reichstag wurde bei dieser Gelegenheit der Anfangssatz von Artikel 5 der Reichsverfassung angeführt: „Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag“, und es wurde dabei betont, daß dem Reichstag wohl Gleichberechtigung zugestanden würde, nicht aber eine übergeordnete Stellung gegenüber dem Bundesrat.

Ist aber staatsrechtlich streng genommen überhaupt der Reichstag dem Bundesrat mit bezug auf die Reichsgesetzgebung völlig gleich an Rechten, ist er wirklich Mitgesetzgeber? Die Entstehungsgeschichte des Gesetzes gibt die Antwort. Der mit bindender Kraft für die Staatsbürger zum Ausdruck gebrachte Wille, den wir Gesetz nennen, birgt zweierlei: den Willensinhalt, die Idee und die Willensverkündigung, den Machtpruch *ita ius esto*. Die Gesetzesidee wird zunächst in einem, gleichgiltig von wem, ob Privatmann, Gelehrten, Behörde verfaßten inoffiziellen Entwurf fixiert. Ein solcher nicht offizieller Entwurf kann nun durch die Initiative von Kaiser, Bundesrat oder Reichstag zu einem offiziellen erhoben werden. Tut dies der Reichstag zuerst, so muß sich der Bundesrat darüber schlüssig machen. Dasselbe ist umgekehrt der Reichstag gegenüber einem Bundesratsentwurf zu tun verpflichtet.

Nimmt der Reichstag nun einen Bundesratsentwurf an, so hat das nur die Bedeutung einer zwischen Bundesrat und Reichstag zustandekommenen Vereinbarung, wonach der Reichstag damit einverstanden ist, daß jener Entwurf Gesetz werde. Also die Annahme des Bundesratsentwurfs durch den Reichstag erzeugt noch kein Reichsgesetz, wiewohl der Wortlaut des Artikels 5 der Reichsverfassung sehr leicht zu dieser irrigen Anschauung verleitet. Wenn er ausspricht, daß die Reichsgesetzgebung durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt werde, so soll damit eben gesagt sein, die Bestimmung des Gesetzesinhaltes, des Rechtsgedankens sei der gemeinsamen Tätigkeit von Bundesrat und Reichstag anheimgestellt. In dieser Funktion sind beide Faktoren des Reichs gleichberechtigt, denn jener Akt, der die Reichsidee schuf, sodaß sie nur noch den Stempel der Souveränität zu bekommen hat, ist kein Akt der Reichsgewalt, sondern ein Akt der Vereinbarung zwischen der Reichsgewalt und dem deutschen Volk, das durch den Reichstag spricht. Damit aber ein Gesetz entstehe, muß jener inhaltlich vereinbarungsgemäß festgestellte Staatswille noch formell mit bindender Rechtskraft ausgesprochen werden. Und das ist lebiglich Sache der Staatsgewalt. Sie allein kann sagen: „So soll es Recht sein!“ Sie allein kann das Volk binden. Dieses ist an der Erhebung eines Entwurfs zum Gesetz, dem eigentlichen Akt der Gesetzgebung, überhaupt nicht beteiligt.

Anderes ist die staatsrechtliche Stellung der Landtage in den beiden Mecklenburg und der Bürgerchaften in den Städterepubliken Bremen, Hamburg, Lübeck. Diese Landtage und diese Bürgerchaften sind Mitgesetzgeber und stehen bezüglich der Ausübung der Staatsgewalt völlig gleichberechtigt neben der Regierung, d. h. in Mecklenburg dem Monarchen und in den Städten neben den Senaten. Der Gesetzgeber des Deutschen Reiches aber ist einzig und allein der Bundesrat. Durch ihn handelt der Reichssouverän, durch ihn wird das Reichsvolk rechtlich verpflichtet und berechtigt. In seinen Händen liegen die drei ordentlichen Akte der Gesetzgebung: die Beschlußfassung, die Gesetzesausfertigung und die Gesetzesverkündigung.

Der Reichstag aber ist bei dieser Tätigkeit der Sanktion in keinerlei Weise beteiligt. Durch den Reichstag spricht der Wille der Staatsbürger, der nur bei Feststellung des Gesetzesinhalts und zwar beratend und vereinbarend mit der Reichsgewalt zusammenzuhandeln berechtigt ist. Zum Mitgesetzgeber jedoch im technischen Sinn des Wortes ist er nicht berufen.

R. Werner

Friedrich der Große. Die vertieften und auf eine breitere und sicherere Grundlage gestellten geschichtlichen Studien des neunzehnten Jahrhunderts haben neben dem wissenschaftlichen Ertrage auch das gesteigerte Interesse der Laien mächtig gefördert. Eine ganze Reihe unter sich wiederum verschiedenartiger Werke trägt dieser höchst erfreulichen Teilnahme der Gebildeten und Bildungsbedürftigen Rechnung; sie alle verfolgen doch den gemeinsamen Zweck, wirkliches Verständnis der geschichtlichen Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Lebens zu wecken und somit das Urteil für die großen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft reifer zu machen. Die Frage namentlich, wie es kam, daß trotz innerer Hemmungen und äußerer Widerstände schließlich denn doch Preußen in jeder Hinsicht die Vormacht Deutschlands werden mußte, um seinerseits dann Gesamtdeutschland die Stellung einer Groß- und Weltmacht zu sichern — diese Frage muß naturgemäß das geschichtliche Denken nicht nur der Deutschen selber immer wieder beschäftigen. Viele von uns haben in jugendlicher Begeisterung die Antwort gefunden in den zündenden Vorträgen Heinrich von Treitschkes, haben freilich dann gereiftem Sinnes erst recht das Verlangen empfunden, sich durch eine ruhige Nachprüfung an der Hand sorgsam abwägender Forscher die Berechtigung jener Jugendauffassung bestätigen zu lassen.

In ganz hervorragendem Maße erscheint das Werk von Winter über Friedrich den Großen\*) geeignet, gerade solchen Wünschen entgegenzukommen. Eine der bedeutendsten Perioden preußisch-deutscher Geschichte wird in dem Lebensbilde des großen Herrschers zusammengefaßt, der nicht nur ihr seine Signatur gegeben hat, sondern weit über seine Zeit hinaus immer aufs neue durch die Folgen seiner Taten und die Macht seiner Ideen unsere Geschichte aufs tiefste beeinflusst. Daß der Schüler Ranke den umfassenden Stoff ganz beherrscht und mit vollendeter Unbefangenhheit des Urteils behandelt, braucht kaum erst hervorgehoben zu werden. Die historischen Tatsachen wie die Gedanken des Verfassers treten in dem ruhigen Flusse der Darstellung mit solcher Klarheit hervor, daß sie durch sich selber eindringlicher wirken, als wenn sie das Prunkgewand rhetorischen Schmuckes trügen. Einzelzüge, soweit sie überhaupt erwähnt werden, sind durchaus der allgemeinen Betrachtung untergeordnet; sie beleben das Gesamtbild, ohne das Hauptinteresse abzulenken. Gerade das wirkt aber besonders wohlthuend, daß, wo jetzt der Historiker Irrungen und Fehler, sei es der Personen oder der Zeit, erkennt, weder beschönigt noch angeklagt wird, sondern, was eben nicht zu leugnen ist, doch begreiflich gemacht wird. Bei den schwierigen Problemen, wie bei dem Konflikt zwischen Vater und Sohn, bei dem Ursprunge des Siebenjährigen Krieges, nimmt Winter eine ganz bestimmte Stellung ein, in diesem letzten Punkte, wie nicht anders zu erwarten ist, gegen Lehmann. Die Feldherrntätigkeit des Königs wird bei aller selbstverständlichen Bewundrung eingehend beurteilt; seine rastlose, schöpferische Friedensarbeit wird mit vollem Rechte, insbesondere in ihrer Bedeutung auch für unsere Zeit, fast noch über jene gestellt.

\*) Friedrich der Große. Von Georg Winter, Direktor des königlichen Staatsarchivs zu Magdeburg. Mit 13 ganzseitigen Abbildungen und 2 Handschriften. Zweites und drittes Tausend. (Das erste Tausend erschien in der Biographiensammlung „Geisteshelden“.) Band 1: XXII S. und S. 1 bis 528, Band 2: XI S. und S. 529 bis 952. Oktav. Berlin, Hofmann & Co., 1907. Geheftet 9 Mark 60 Pf.; gebunden 13 Mark 50 Pf.

Der Umfang des Werkes ist nicht gering; aber die lichtvolle Darstellung des Verfassers macht die Lektüre auch sachlich schwierigerer Teile des Buches zum Genuß; die klare Gliederung des Stoffes bietet dem, der langsam zu lesen wünscht, Ruhepunkte genug. Wer das Ganze genossen hat, wird zu dem schönen Werke gern immer wieder zurückkehren.

Auch der geschmackvolle Einband macht dem Verleger Ehre; die bildliche Anschauung wird man sich öfter noch aus Wiegands „Friedrich der Große“ in den Monographien zur Weltgeschichte ergänzen.

Sondershausen

U. Funck

Von der Violine. Von der Violine erzählt uns Paul Stoeving in einem unter diesem Titel bei Bieweg in Berlin erschienenen Buche. Es ist kein gelehrtes Werk von großer wissenschaftlicher Bedeutung, sondern es will nur näher bekannt machen mit dem geheimnisvollen Wunderdinge, der Geige, das von jeher die Phantasie der Menschen beschäftigt hat. Geheimnisvoll ist ihr Ursprung und ihre Geschichte. Denn wenn wir auch ihre Kindheit verfolgen können, so ist doch der plötzliche unvermittelte Sprung von ihren im wahrsten Sinne kindlichen Stadien zu der höchsten Vollendung, in der sie uns um das Jahr 1600 herum plötzlich entgegentritt, so jäh und wunderbar, daß Sage und Forschung ein dankbares Gebiet für ihre Tätigkeit gefunden haben.

Nicht weniger geheimnisvoll bleibt aber die Geige im Zustande ihrer Vollendung. Wie viele Menschen haben ihr Gehirn zergrübelt, wie viel ist versucht und wieder versucht worden, um die wunderbare Seele zu finden, die die Stradivari, Amati und ihre Zeitgenossen und Schüler in die paar Brettchen und Klötzchen festgebannt haben, aus denen ihre Meisterwerke geschaffen sind. Man möchte versucht sein, zu sagen, daß die Menschheit nie etwas Genialeres geschaffen habe als dies einfache Ding, das unzähligen Menschen die reinsten und edelsten Freuden bereitet hat.

Die alten Meister aber, die uns dieses Wunderding geschenkt haben, haben keine Ahnung davon gehabt, was die Hand eines genialen Spielers aus der Geige machen kann. Die Technik des Spiels hat sich langsam entwickelt. Erst allmählich verließ man die strenge Form der Sonate und machte die Geige zum Soloinstrument, aber zunächst immer zaghaft und vorsichtig, bis im Anfange des vorigen Jahrhunderts die „größte Überraschung für die siedelliebende Welt“, Paganini, erschien und alle Traditionen durch seine blendende Kunst über den Haufen warf. „Der außerordentliche Eindruck, den er in seiner Zeit machte, war nicht sowohl eine Folge der Vorführung bis dahin ungeträumter Finger- und Bogenkunststücke sowie der edlern Accente reproduzierender Kunst, d. h. Feuer, Pathos, Gefühl, Zärtlichkeit usw., als vielmehr eine Folge seiner Persönlichkeit: eine Mischung von elementarem Genie und raffiniertem, reklameliubendem Charlatanismus, welche seine abenteuerliche, phantastische, tragikomische Gestalt, wie sie ähnlich nie vorher auf der Weltbühne erschienen war, noch effektvoller gemacht hatte.“

Mag man über diesen Mann und seinen musikalischen und künstlerischen Wert urteilen, wie man will — es gibt Leute, unter ihnen auch Stoeving, die sehr hart darüber urteilen —, niemand, und das gibt auch derselbe Verfasser zu, wird ihn in der Geschichte der Geige missen wollen. Gewiß war sein Einfluß unheilvoll, und wenn auch unsre modernen Meister, wie Joachim, längst die Einseitigkeit seiner Virtuositentechnik überwunden haben, so wird doch, wie unser Buch sagt, „die violinspielende Welt die Bürde seines Einflusses weiter zu tragen haben. Es ist ein böser Geist, der dem jungen Geiger, wenn er seine Laufbahn beginnt, zuflüstert: es gab einst einen Mann, der konnte spielen wie kein anderer, warum versuchst du nicht, ihn zu erreichen — versuche wenigstens, versuche! Und er versucht, trotz

der warnenden Stimme in ihm. Er versucht, bis er die besten Jahre seines Lebens in vergeblichen Versuchen verfliehet hat."

Nicht nur die Geiger haben schwer an dieser Bürde zu tragen gehabt, sondern auch die Violinkomponisten. An bedeutenden Geigern fehlt es uns gewiß auch heute nicht, trotzdem wird Paul Stoeving Recht haben mit seiner Voraussicht, daß einem spätern Geschlecht unsre Zeit auf diesem Gebiete recht unergiebig und unfruchtbar erscheinen wird. Auf unsern Programmen findet man neben den Kammermusikwerken und Konzerten der großen Klassiker immer noch fast ausschließlich die alten Namen der Violinkomponisten, Viengtemp, Wieniawski, Ernst, Léonard usw. Nur wenige Neuere haben sich neben diesen behaupten können aus der üppigen Menge der „Charakterstücke ohne Charakter und der Phantasiestücke ohne Phantasie“.

Stoeving schließt sein Buch mit dem Wunsche, es möge uns der Himmel einen Chopin der Geige bescheren, einen Künstler, der wieder neue Gebiete der Schönheit auf der Geige erschließt, der neue Reichtümer hebt, die in der Geige noch unerschlossen schlummern. „Kein Kapellmeister wird es sein, kein komponierender Pianist, der Symphonien und Kammermusik schreibt und zur Abwechslung auch einmal für die Geige: es wird ein Geiger sein, wie in den Tagen Tartini's, ein Geiger mit Leib und Seele, der für die Geige lebt und schafft, der sie mit jener großen reinen Liebe liebt, die die Mutter echten künstlerischen Schaffens ist.“

Auch die Frage der Begleitung der Solovioline findet eine eingehende und feinfühligte Erörterung. Daß das Pianoforte nicht das Ideal sei, namentlich in der Gestalt des modernen Flügels, dem wird jeder zustimmen, der mit vorurteilsfreiem Ohre die beiden Instrumente zusammen hört. Ebenso wenig das Orchester in seiner modernen, lärmenden Form. Stoeving zitiert die Verse:

Der Geiger streicht die Geige fester,  
Er streicht sie über die Natur; —  
Umsonst! Durchs rauschende Orchester  
Hört man ihn nicht; man sieht ihn nur.

Auch hier wird die Rückkehr zum Einfachsten uns vielleicht neue Schönheiten finden lassen. Hat nicht Beethoven das Tiefste und Herzbeugendste, was er geschrieben hat, uns in seinen Streichquartetten gegeben? Hoffen wir also auf den Chopin der Geige. Das Buch von Stoeving wird jedem, der die Geige liebt, einige genußreiche Stunden bereiten.

Ein Lebensbild. Das Andenken eines „braven deutschen Mannes“ zu erhalten, ist laut der Vorrede der Zweck dieses Buches.\*) Aber der Tote, dem die Blätter gewidmet sind, war mehr als das; er war ein hochbegabter, vielseitig gebildeter, ungewöhnlich tüchtiger, wahrhaft frommer und charakterfester Mann von lauterer Gesinnung und warmem Herzen, das von früher Jugend bis zum höchsten Alter für alles Hohe und Edle empfänglich war. Er war Schulmann und war es mit voller Seele, ja er setzte seinen Stolz darein; aber nicht nur im Dienste der Jugend hat er sich ein langes Leben hindurch bewährt — er hat mehr als ein Menschenalter das Gymnasium der Stadt Stralsund geleitet —, sondern auch als Krieger und Politiker. Schon im Amte, trat er, der im Mecklenburger Lande am Strande der Döise geboren war, in das Lügowische Freikorps und kämpfte in dessen Reihen bis zum ersten Pariser Frieden; und als er schon die Höhe des Lebens überschritten hatte, saß er als Abgeordneter der Stadt, deren gelehrte Schule er leitete, in der Paulskirche zu Frankfurt, ebensogut deutsch als preußisch gesinnt, liberal in seinen Anschauungen, aber ein entschiedener Gegner jenes maßlosen

\*) Dr. Johann Ernst Nizze. Ein Lebensbild nach alten Papieren von Hedwig Nizze. Stralsund, Wilhelm Zembisch, 1907.

Terrorismus, der sich damals wie heute wieder breit machte. Es war eine eigne Fügung, daß er, der unter Bökh und Kreuzer klassische Philologie studiert hatte, sich, als er schon im Amte stand, durch äußere Umstände veranlaßt der Mathematik zuwandte und diese Disziplin während seiner langen Lehrtätigkeit auch als Leiter eines humanistischen Gymnasiums vertreten hat. Aber seine klassische Bildung befähigte ihn besonders zum Studium der griechischen Mathematiker: er hat diese Studien zeit lebens mit Vorliebe gepflegt und in verschiedenen Schriften rühmliche Proben davon abgelegt. Ein reicher Bekanntenkreis war die Folge seiner langen und vielseitigen Wirksamkeit. In dem uns vorliegenden Buche finden sich Briefe von Bökh, Kreuzer, Alexander von Humboldt, Ernst Moritz Arndt und besonders originelle Herzensergießungen eines alten Kriegskameraden, des Hofrats Stiebel, der als praktischer Arzt in Frankfurt lebte. Aber mehr als alle diese interessieren die von Rütze selbst geschriebenen, besonders die seinen liebevollen, treuen und männlichen Sinn am schönsten abspiegelnden Briefe an seine Braut, die, während des Feldzugs abgefaßt, zugleich ein lebendiges Bild der Kriegsläufe mit ihren Wechselfällen und Schrecknissen entwerfen, sodann die aus Frankfurt an seine Familie gerichteten, in denen der Schreiber die dort gesammelten vielseitigen Eindrücke und Beobachtungen wiedergibt. Aus zahlreichen Gelegenheitschriften, Reden, Briefen und Tagebuchaufzeichnungen ergibt sich die Weltanschauung des trefflichen Mannes im allgemeinen und besonders auch die Grundsätze, nach denen er als Lehrer, Pädagog und Direktor verfuhr. Manche Züge in dem Lebensbilde sind so intim, daß sie augenscheinlich nur für einen kleineren Kreis von Bekannten, Freunden und Schülern bestimmt sind; aber das Ganze ist von der Art, daß auch ferner stehende, namentlich Lehrer und Pädagogen das Buch nicht ohne wesentliche Erweiterung ihres Gesichtskreises und mit Freude lesen werden.

Nachschrift zum Artikel: Russische Briefe. Inzwischen ist vorübergehend eine ruhigere Stimmung an der Newa eingetreten. Nichtsdestoweniger können die Tage nach Ostern doch schon eine Auflösung der Duma bringen, weil die Reaktionen am Hofe ganz rücksichtslos gegen Stolypin arbeiten. Besonders wichtig ist das Verhalten des Kriegsministers, der sich nach der Rekrutendebatte als unversöhnlich aufspielt.

3. Mai 1907.

